

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion

Änderung der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zur Umsetzung des Infektionsschutzbeteiligungsgesetzes

Der Landtag möge beschließen:

Die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg vom 18. November 2020 (GVBl. I Nr. 32) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

Nach der Angabe zu § 55 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 55a Verfahren nach dem Infektionsschutzbeteiligungsgesetz“

2. Nach § 55 wird folgender § 55a eingefügt:

„§ 55a Verfahren nach dem Infektionsschutzbeteiligungsgesetz

(1) Neben der Pflicht zur Unterrichtung des Landtages informiert die Landesregierung den für Gesundheit zuständigen Ausschuss unverzüglich und vor dem Erlass von Rechtsverordnungen zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 gemäß § 2 Infektionsschutzbeteiligungsgesetz sowie deren Verlängerung, Änderung oder Aufhebung.

(2) Nach Verkündung einer Rechtsverordnung zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 gemäß § 2 Infektionsschutzbeteiligungsgesetz tritt unverzüglich der für Gesundheit zuständige Ausschuss zusammen. Widerspricht die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses der Rechtsverordnung, tritt unverzüglich der Landtag zusammen und beschließt über die Beschlussempfehlung des Ausschusses.

(3) Abweichend von Absatz 2 kann der Landtag gemäß § 17 Absatz 2 zusammentreten und über Anträge auf Widerspruch gegen Rechtsverordnungen zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 gemäß § 2 Infektionsschutzbeteiligungsgesetz beschließen.

(4) Für Beschlussempfehlung und Anträge gemäß Absatz 2 oder 3 finden die Fristen gemäß § 42 keine Anwendung.

(5) Hat der Landtag gemäß Absatz 2 oder 3 über den Widerspruch gegen Rechtsverordnungen zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 gemäß § 2 Infektionsschutzbeteiligungsgesetz entschieden, ist eine neuerliche Sondersitzung und Beschlussfassung des Landtages in derselben Sache unzulässig.

(6) § 94 bleibt unberührt.

(7) § 55a tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.“

Begründung:

Zu 1: Es handelt sich um redaktionelle Anpassung.

Zu 2: Mit § 55a werden Bestimmungen für Verfahren nach dem Infektionsschutzbeteiligungsgesetz in die Geschäftsordnung aufgenommen.

Absatz 1 präzisiert die Informationspflicht gemäß § 3 Infektionsschutzbeteiligungsgesetz.

Die Absätze 2 und 3 präzisieren das Widerspruchsverfahren gemäß § 4 Infektionsschutzbeteiligungsgesetz.

Absatz 4 stellt klar, dass für Beschlussempfehlungen und Anträge gemäß § 4 Infektionsschutzbeteiligungsgesetz die Fristen nach § 42 Geschäftsordnung des Landtages keine Anwendung finden.

Absatz 5 stellt klar, dass im Falle einer Entscheidung des Landtages über den Widerspruch gegen Rechtsverordnungen zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 gemäß § 2 Infektionsschutzbeteiligungsgesetz eine neuerliche Sondersitzung und Beschlussfassung des Landtages in derselben Sache unzulässig ist.

Absatz 6 bestimmt das Verhältnis von § 55a zu § 94.

Absatz 7 bestimmt, dass § 55a mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft tritt. Die Geltungsdauer der Regelung entspricht somit der des Infektionsschutzbeteiligungsgesetzes.